ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of
ZBW
Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Kloß, Michael; Lehmann, Robert; Ragnitz, Joachim; Untiedt, Gerhard

Article

Gesamtwirtschaftliche Effekte verminderter Transferzahlungen für die ostdeutschen Bundesländer

ifo Dresden berichtet

Provided in Cooperation with:
Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

Suggested Citation: Kloß, Michael; Lehmann, Robert; Ragnitz, Joachim; Untiedt, Gerhard (2012) : Gesamtwirtschaftliche Effekte verminderter Transferzahlungen für die ostdeutschen Bundesländer, ifo Dresden berichtet, ISSN 0945-5922, ifo Institut, Niederlassung Dresden, Dresden, Vol. 19, Iss. 1, pp. 21-28

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/169982

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Gesamtwirtschaftliche Effekte verminderter Transferzahlungen für die ostdeutschen Bundesländer

*Michael Kloß, Robert Lehmann, Joachim Ragnitz und Gerhard Untiedt**

Motivation

Mit dem Auslaufen der gegenwärtigen Förderperiode wird eine Neuabgrenzung von EU-Fördergebieten für die Strukturfondsförderperiode 2014–2020 erforderlich. Bislang gelten die ostdeutschen Länder nahezu flächendeckend als Fördergebiete, ab 2014 hingegen werden sie aller Voraussicht nach nur noch als „Übergangsregionen" eine eingeschränkte Förderung in Anspruch nehmen können. Dies ist zumindest zu erwarten, wenn wie bisher die regionale Wirtschaftskraft [gemessen als Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Einwohner in Kaufkraftstandards] zur Klassifizierung der Regionen herangezogen wird. Problematisch an dem verwendeten Indikator ist jedoch der Umstand, dass das BIP je Einwohner auch abhängig ist von den Transfer- bzw. Ausgleichszahlungen, welche die ostdeutschen Bundesländer von der EU, dem Bund und von den westdeutschen Geberländern im Finanzausgleich erhalten. Derartige Zahlungsströme stützen die regionale Nachfrage und führen auf diesem Wege zu einer Steigerung des regionalen BIP; gleichzeitig wirken vor allem die investiven Zahlungen über ihren Einfluss auf die Investitionen auf eine Erhöhung des Produktionspotenzials hin, wodurch das Niveau des BIP zusätzlich angehoben wird. Die „originäre" Wirtschaftskraft der ostdeutschen Bundesländer dürfte daher niedriger liegen als es der gewählte Indikator BIP je Einwohner zunächst suggeriert.

Der Umfang der für Ostdeutschland geleisteten Zahlungen wird aufgrund diskretionärer Anpassungen (bspw. bei der Wirtschaftsförderung) oder politischer Festlegungen (degressive Ausgestaltung des Solidarpaktes II) in den kommenden Jahren abnehmen. Es wird vielfach befürchtet, dass dies zu einer Verringerung des Wohlstandsniveaus führt, sodass die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit einzelner Regionen in den ostdeutschen Bundesländern durch die Verwendung historischer Werte für das BIP je Einwohner überzeichnet ist und eine Neuabgrenzung der Fördergebiete die Gegebenheiten in der Förderperiode nicht korrekt widerspiegeln würde.

Vor diesem Hintergrund hat das ifo Institut (Niederlassung Dresden) zusammen mit der Gesellschaft für Finanz- und Regionalanalysen (GEFRA) untersucht, inwieweit eine Kürzung der Ausgleichszahlungen die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der ostdeutschen Bundesländer beeinflussen wird [vgl. Kloss et al. (2012)]. Der vorliegende Beitrag fasst die wesentlichen Ergebnisse der Studie zusammen.

Methodik und Annahmen

Grundlage für die Berechnungen der Auswirkungen veränderter Transferzahlungen bildet eine möglichst detaillierte Zusammenstellung und Fortschreibung der relevanten Zahlungsströme. Dafür lassen sich in Anlehnung an frühere Studien [vgl. Blum et al. (2009)] die Transferleistungen nach vier verschiedenen Kategorien klassifizieren [vgl. Kloss et al. (2012)]:

– **Steuer- und Finanzausgleichszahlungen:** Hierunter fallen die Finanzmittel im Rahmen des Länderfinanzausgleiches (LFA) sowie die ergänzenden Bundesergänzungszuweisungen (Allgemeine BEZ zur Deckung des allgemeinen Finanzbedarfs und Pol-BEZ[1]).

– **Sozialausgaben:** In diese Kategorie fallen die Ausgleichszahlungen im Rahmen der Sozialversicherung sowie die Sozialausgaben des Bundes (einschließlich der Bundesergänzungszuweisungen zum Ausgleich von Sonderlasten der strukturellen Arbeitslosigkeit).

– **Ausgaben für allgemeine bundesstaatliche Aufgaben:** In dieser Gruppe sind die Ausgaben des Bundes enthalten, die der Erfüllung allgemeiner staatlicher Aufgaben dienen (Verteidigung, Städtebau etc.).

– **Wachstumsorientierte Ausgaben:** Bei diesen Finanzzuweisungen handelt es sich um alle Mittel, welche den ostdeutschen Bundesländern zur Beseitigung ihrer wirtschaftlichen Strukturschwäche gewährt werden. Dazu zählen u. a. die Investitionszulage sowie die investiven Bestandteile der Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen (SoBEZ) für die neuen Länder, aber auch die Zahlungen aus den Europäischen Strukturfonds.

Neben den Zahlungsströmen selbst musste auch der von ihnen jeweils ausgehende Wirkungskanal (nachfrage- oder angebotsseitig) näher spezifiziert werden. Vereinfacht lassen sich die Transferleistungen nach drei

* *Prof. Dr. Joachim Ragnitz ist stellvertretender Geschäftsführer der Niederlassung Dresden des ifo Instituts. Prof. Dr. Gerhard Untiedt ist Geschäftsführender Gesellschafter der Gesellschaft für Finanz- und Regionalanalysen (GEFRA) Münster. Michael Kloß und Robert Lehmann sind Doktoranden der Dresdner Niederlassung des ifo Instituts.*

wesentlichen Wirkungskanälen unterteilen. In die erste Kategorie fallen solche Zahlungen, welche direkt den privaten Haushalten zufließen und damit deren verfügbares Einkommen erhöhen. Die zweite Gruppe bilden öffentliche Leistungen, die im Wesentlichen den Beschäftigten im öffentlichen Dienst zufließen und über diesen Weg nachfragesteigernd wirken. Die dritte Kategorie umfasst schließlich Zahlungen, welche für den Infrastrukturausbau, die Investitionsförderung und die Bereiche Bildung sowie Forschung und Entwicklung (FuE) verausgabt werden.

Neben der expliziten Einteilung in nachfrage- und angebotsseitig wirkende Zahlungsströme mussten aufgrund von Datenproblemen weitere Annahmen gesetzt werden. Dies betrifft vor allem die Zahlungen, welche investiv verwendet werden. Dabei können diese angebotssteigernden bzw. wachstumsorientierten Zahlungen entweder vom Staat direkt umgesetzt (Infrastrukturausgaben) oder an verschiedene Akteure (Unternehmen, Forschungseinrichtungen, Hochschulen etc.) verteilt werden. Sie verstärken die Investitionstätigkeit in den privaten und öffentlichen Kapitalstock, leisten einen Beitrag zur Durchführung von FuE in Ostdeutschland und tragen zum Aufbau der Humanressourcen bei. Da die geleisteten Zahlungen an unterschiedliche Gruppen wohl zu verschiedenen Wirkungen auf die gesamtwirtschaftliche Leistung führen, musste ein geeigneter Verteilungsschlüssel für die angebotsseitigen Transfers gefunden werden.[2] Mangels Verfügbarkeit geeigneter Daten wird hier vereinfachend unterstellt, dass die Aufteilung auf die einzelnen Interventionskategorien in Zukunft weiterhin der heutigen entspricht. Solch eine Approximation wird aber nicht fern der Realität sein, da wesentliche Teile der ostdeutschen staatlichen Interventionen mit EU-Strukturfondsmitteln kofinanziert werden.

Die einzelnen Zahlungsströme wurden schließlich unter Berücksichtigung bereits getroffener politischer Festlegungen und der zu erwartenden Entwicklung der institutionellen Rahmenbedingungen bis ins Jahr 2020 fortgeschrieben. Eine detaillierte Beschreibung der Vorgehensweise findet sich in Kloss et al. (2012). Auf Basis der fortgeschriebenen Zahlungsströme und den einzelnen Wirkungskanälen wurden anschließend Simulationsrechnungen erstellt, mit denen die Auswirkungen der veränderten Transferzahlungen auf verschiedene volkswirtschaftliche Aggregate quantifiziert werden können.

Die Simulationsrechnungen basieren auf einer Modellvariante des HERMIN-Modells der GEFRA für Ostdeutschland, welches ursprünglich zur Modellierung der Interventionen der EU-Strukturfonds entwickelt worden ist.[3] In seiner aktuellen Version wurde das Modell dahingehend erweitert, dass auch nachfrageseitige Interventionen über den Sektor der privaten Haushalte und den Staatssektor integriert sind. Somit beruhen die Simulationsergebnisse auf einem makroökonomischen Mehrsektoren-Modell, bei dem sowohl angebots- als auch nachfrageseitige Einflüsse auf die Wirtschaftsentwicklung in einer Region betrachtet werden können. Ostdeutschland (mit Berlin) wird dabei als eine kleine, extrem offene Volkswirtschaft modelliert, weil ein Großteil der heimischen Nachfrage ins „Ausland“ abfließt und zum Import von Gütern und Dienstleistungen verwendet wird.

Nachfolgend wird von einzelwirtschaftlichen Auswirkungen abstrahiert und lediglich die gesamtwirtschaftliche Wirkung einer Veränderung der Transferströme auf die Entwicklung von Produktion und Beschäftigung in Ostdeutschland untersucht. Zu beachten ist dabei, dass die aufgeführten Ergebnisse relative Abweichungen in den volkswirtschaftlichen Variablen bezogen auf ein Basisszenario darstellen. Die gesamtwirtschaftliche Untersuchung der Wirkungen besteht aus einer Analyse für den Zeitraum 2010 bis 2020. Während in dem Basisszenario die jeweiligen Transferleistungen auf dem Niveau des Jahres 2009 belassen werden, nutzt das Alternativszenario die fortgeschriebenen Zahlungsströme [vgl. Kloss et al. (2012)].

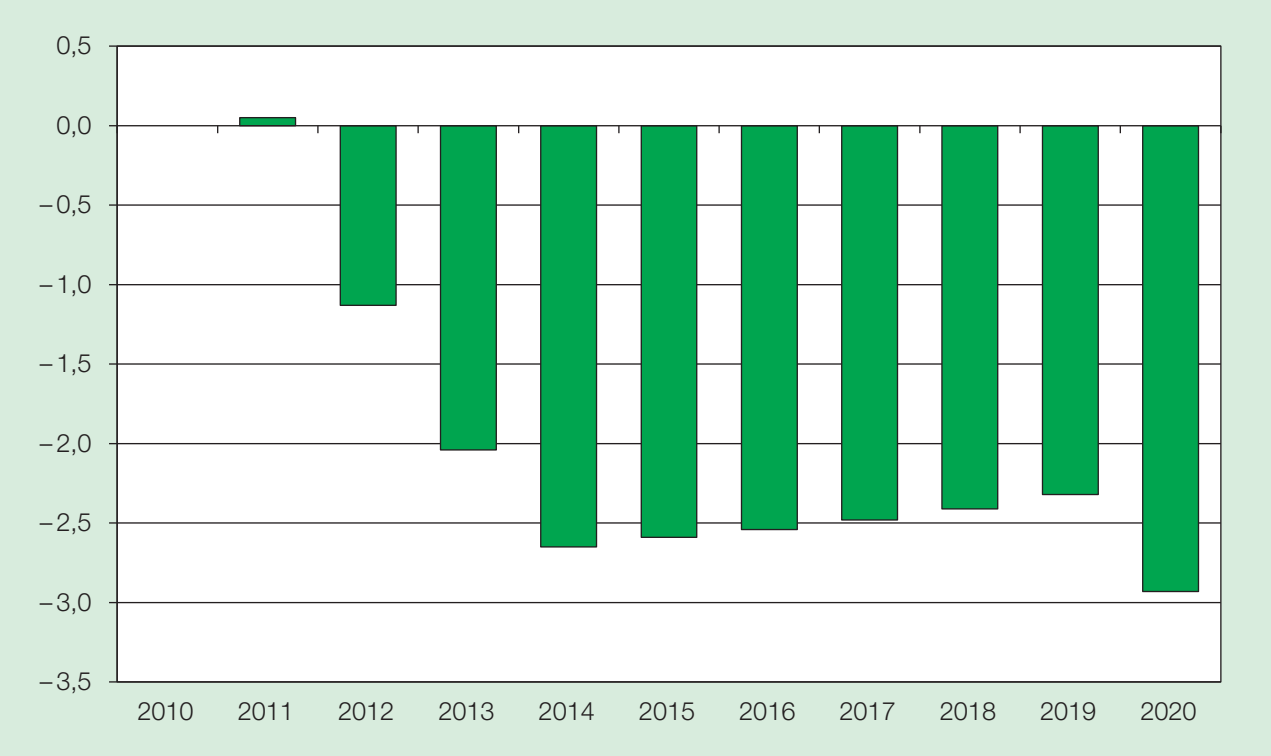
Ergebnisse für diverse volkswirtschaftliche Aggregate

Zunächst ist bedeutsam, dass die nachfolgenden Resultate für die volkswirtschaftlichen Größen korrekt interpretiert werden. In der Vergangenheit sind die langanhaltenden Wirkungen der staatlichen Interventionen auf das Niveau des BIP (wie sie mit dem HERMIN-Modell und auch anderen Modellen ermittelt werden) häufig mit den mehr transitorischen Wirkungen auf die Wachstumsrate des BIP verwechselt worden, was zu einiger Konfusion geführt hat. HERMIN untersucht die Wirkungen der Interventionen, hier den Rückgang der Transfers, auf das Niveau des BIP. Es ist offensichtlich, dass durch die Transfers die Wachstumsrate des BIP temporär beeinflusst wird, relativ zu der Wachstumsrate der Basislösung. Aber es ist nicht sinnvoll, in das HERMIN- oder in irgendein anderes Modell die Annahme einzubringen, dass die Wachstumsrate einer Volkswirtschaft durch ein temporäres Programm dauerhaft erhöht oder gesenkt wird.

Abbildung 1 zeigt die für die Simulation zugrundegelegten Transferrückgänge als Abweichungen zur Basislösung für die Jahre 2010 bis einschließlich 2020.

Im Jahr 2011 gibt es noch einen leichten positiven Impuls von etwa 0,05 %. In den Folgejahren ist der Effekt stets negativ und in seiner Höhe bis einschließlich 2014 zunehmend. Grund hierfür sind vor allem die degressiv abnehmenden Transferleistungen aus dem Solidarpakt II.

Abbildung 1: Transferrückgang in % des Bruttoinlandsprodukts 2010 bis 2020 als Abweichungen zum Basisszenario



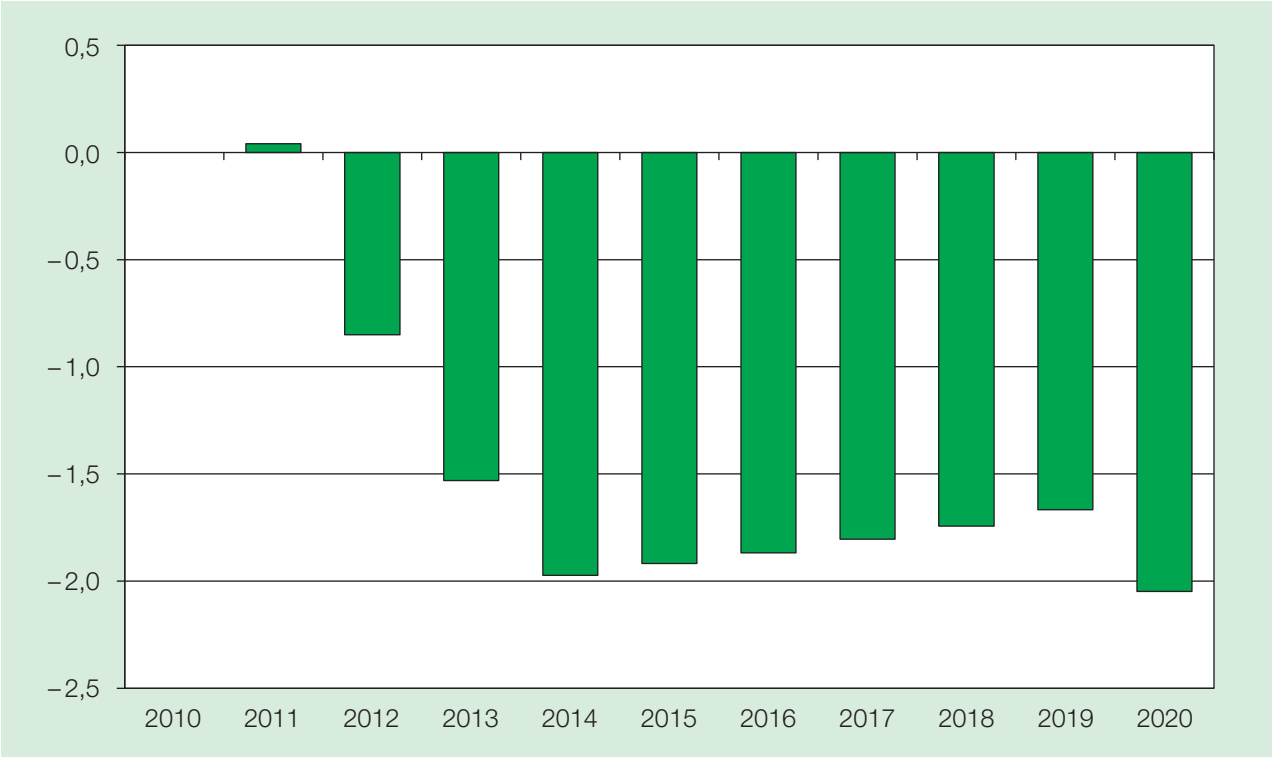
Quelle: Berechnungen und Darstellung des ifo Instituts und der GEFRA.

Insbesondere die Sonderbedarfsergänzungszuweisungen zur Deckung teilungsbedingter Sonderlasten, welche einen großen Anteil an den gesamten Transferleistungen besitzen, verringern die Zahlungen zugunsten Ostdeutschlands in ihrer Gesamtheit deutlich. Darüber hinaus läuft die Investitionszulage aus, was zu einer Verringerung der Subventionen für Investitionsprojekte in den ostdeutschen Bundesländern führt. Zudem dürfte sich in den Jahren 2011 bis einschließlich 2014 ein hier unterstellter Sondereffekt zeigen, da entsprechend der Vorgaben der mittelfristigen Finanzplanung des Bundes mit einer Verringerung der Sozialausgaben in diesem Zeitraum zu rechnen ist [vgl. Deutscher Bundestag (2010)]. Ab 2015 dürfte dann der Transferrückgang bis zum Jahre 2019 graduell zurückgehen, was darauf zurückzuführen ist, dass die auslaufenden Mittel des Solidarpaktes II teilweise endogen durch andere Zahlungsströme (Länderfinanzausgleich, Leistungen für die Sozialversicherung etc.) kompensiert werden. Gegenüber dem Basisszenario verbleibt aber weiterhin ein negativer Impuls, welcher im Jahr 2020 mit –2,9 % bezogen auf das BIP in der Basissimulation am größten ist. Zu diesem Zeitpunkt laufen alle zusätzlich gewährten Mittel des Bundes (SoBEZ, Pol-BEZ etc.) aus, wodurch sich die Transferleistungen am Ende des Betrachtungszeitraumes signifikant im Vergleich zum Basisszenario verringern.

Während der Implementierung des Transferrückgangs in den Jahren 2010 bis 2020 ergibt sich ein substanzieller (negativer) Nachfrageschock, der auf die ostdeutsche Wirtschaft einwirkt. In Abbildung 2 ist der Verlauf der Wirkungen auf das BIP abgetragen, wie sie aus den HERMIN-Simulationen hervorgehen.

Auffällig ist, dass der Rückgang im ostdeutschen BIP schwächer ist als der negative Impuls der Transferzahlungen. Dies ist darauf zurückzuführen, dass einerseits ein Teil der Güterkäufe im „Ausland“ (einschließlich westdeutsche Bundesländer) getätigt wird und andererseits die marginale Konsumquote kleiner als Eins ist, also ein Teil der den privaten Haushalten zufließenden Einkommen gespart wird. Neben diesen nachfrageseitigen Auswirkungen auf das BIP beeinflussen auch die reduzierten investiven Ausgaben die ostdeutsche Wirtschaft negativ. So können aufgrund der geringeren angebotsseitigen Investitionen in Infrastruktur, Humankapital sowie in FuE potenzielle Produktivitätsgewinne nicht verwirklicht werden, worunter die internationale Wettbewerbsfähigkeit der ostdeutschen Wirtschaft leiden dürfte. Im ersten Jahr ist die Wirkung bezogen auf die Basislösung etwas geringer als +0,05 %. Sie wird dann

Abbildung 2: Auswirkungen veränderter Transferleistungen auf das ostdeutsche Bruttoinlandsprodukt 2010 bis 2020 als prozentuale Abweichungen zum Basisszenario



Quelle: Berechnungen und Darstellung des ifo Instituts und der GEFRA.

kontinuierlich größer negativ, bis im Jahre 2014 ein Wert von –1,97 % erreicht wird. Anschließend nimmt die Wirkung auf das BIP minimal ab und steigt im Jahr 2020 nochmals auf –2,0 % an. Die Simulationsrechnungen ergeben somit einen signifikanten Rückgang des BIP im Vergleich zum Szenario ohne Anpassung der Transferleistungen.

Eine Anpassung der Transferzahlungen wirkt nicht nur auf die gesamtwirtschaftliche Leistung Ostdeutschlands, sondern beeinflusst auch die Erwerbstätigkeit in der hiesigen Wirtschaft (vgl. Abb. 3).

Die Erwerbstätigkeit folgt in ihrem Verlauf dem Bild der BIP-Entwicklung. Der numerische Effekt der veränderten Transferzahlungen ist jedoch größer. Dies ist darauf zurückzuführen, dass aufgrund der reduzierten Nachfrage (insbesondere nach Investitionsgütern) Produktivitätsfortschritte nicht realisiert werden, sodass der Beschäftigungsverlust höher ausfällt. Weiterhin schmälert die sich verschlechternde Wettbewerbssituation der ostdeutschen Wirtschaft die „ausländische" Nachfrage nach Gütern aus den ostdeutschen Bundesländern. Diese beiden Wirkungskanäle führen dazu, dass die hiesigen Firmen auf die geringere Kapazitätsaus - lastung ihrer Geräte mit einer Verringerung ihres Personalbestandes reagieren müssen. Dabei bewegt sich der Rückgang der Erwerbstätigkeit gegenüber der Basislösung zwischen –1,3 % (2012) und –3,2 % im Jahr 2020.

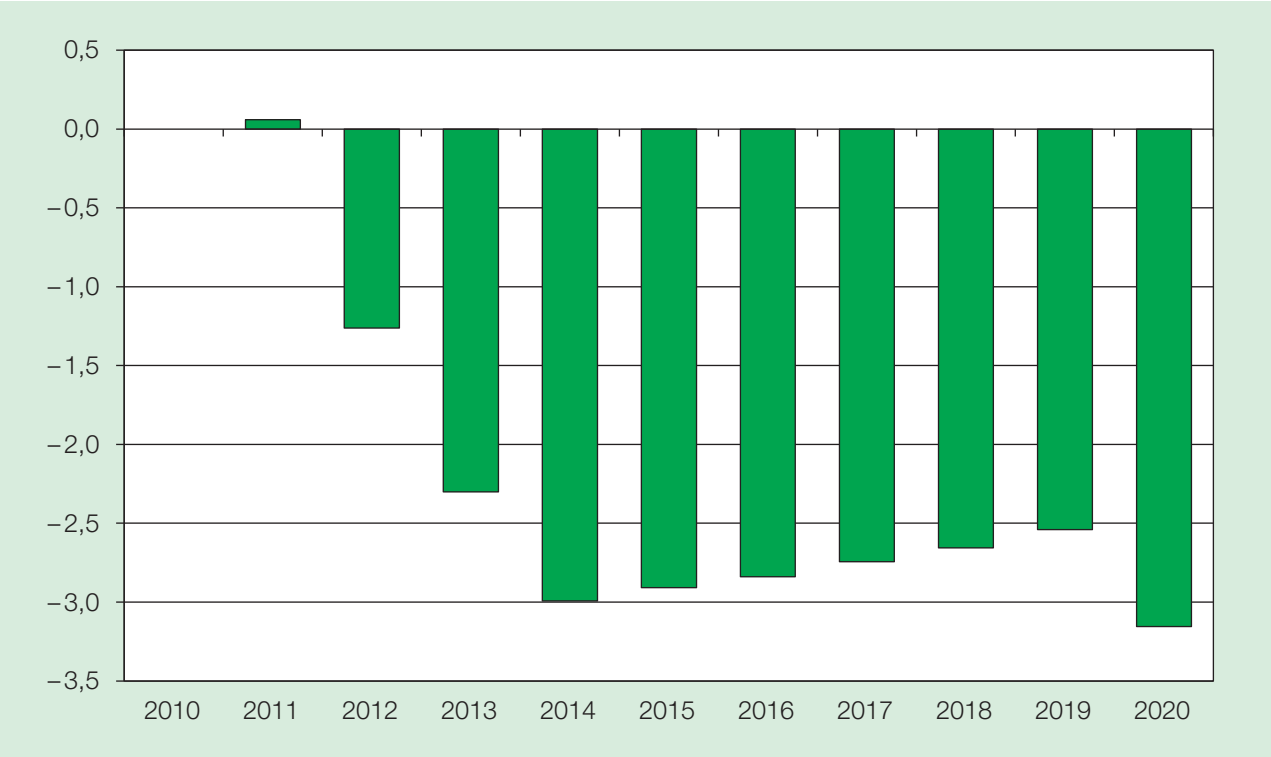
Sektorale Wirkungen

Das HERMIN-Modell erlaubt auch einen Einblick in die sektoral disaggregierten Wirkungen des Rückgangs der Transferzahlungen. Die Aufteilung nach Sektoren wird zu einem großen Teil über Kenntnisse darüber determiniert, inwieweit strukturelle Politikmaßnahmen die verschiedenen produktiven Wirtschaftszweige einer Volkswirtschaft beeinflussen.

Der Landwirtschaftssektor ist im Wesentlichen nicht durch die Transfers betroffen. Darüber hinaus wird der Agrarsektor vornehmlich durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) beeinflusst und weniger von innerdeutschen Zahlungen zugunsten Ostdeutschlands.

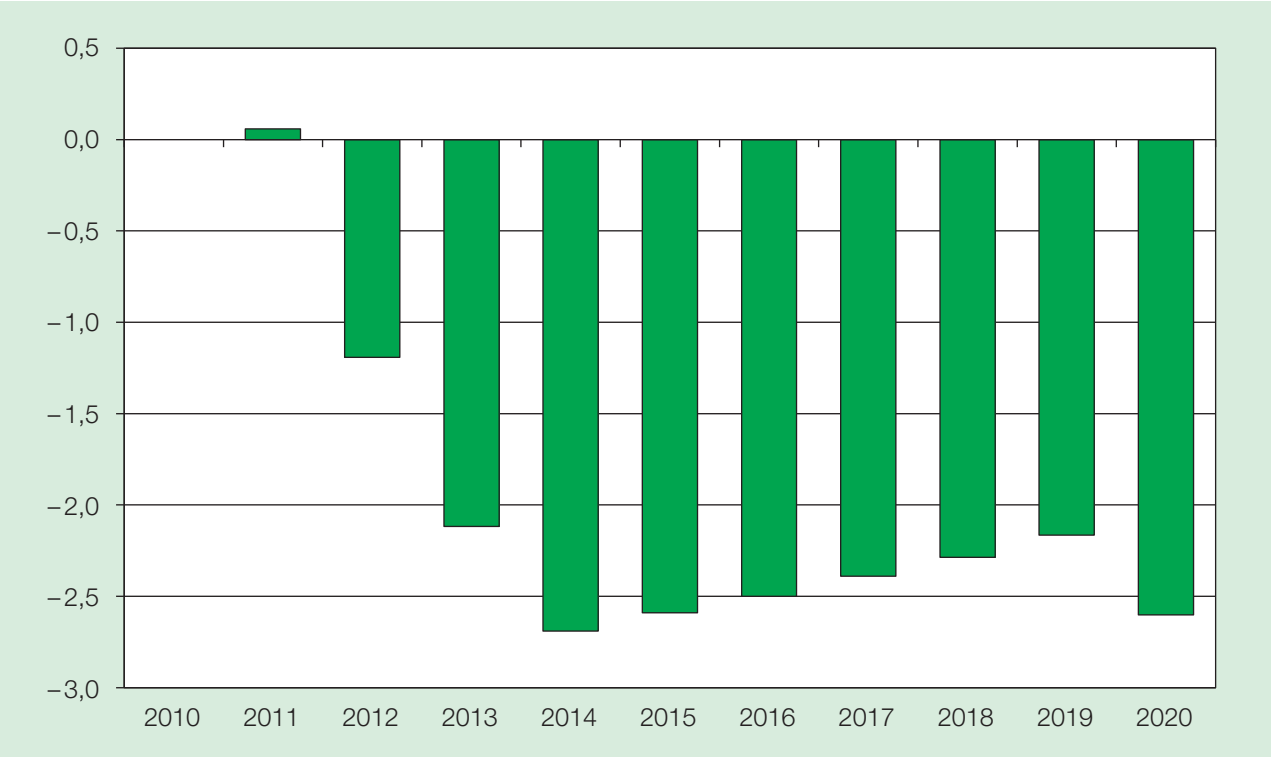
Der Bausektor ist ein wesentliches Instrument zur Umsetzung der mit den Transfers verbundenen Aktivitäten. Viele Investitionsgüter werden durch das Baugewerbe erstellt (Gebäude, Straßen etc.), wodurch eine erhebliche Reduktion der Produktion in diesem Sektor zu erwarten ist (vgl. Abb. 4).

Abbildung 3: Auswirkungen veränderter Transferleistungen auf die ostdeutsche Erwerbstätigkeit 2010 bis 2020 als prozentuale Abweichungen zum Basisszenario



Quelle: Berechnungen und Darstellung des ifo Instituts und der GEFRA.

Abbildung 4: Auswirkungen veränderter Transferleistungen auf die Produktion im ostdeutschen Bausektor 2010 bis 2020 als prozentuale Abweichungen zum Basisszenario



Quelle: Berechnungen und Darstellung des ifo Instituts und der GEFRA.

Wenn die Transferimpulse auslaufen, enden auch die induzierten Aktivitäten in diesem Sektor. Die jährliche Reduktion der Produktion im Bausektor beträgt gegenüber dem Basisszenario zwischen –1,3 % (2012) und –2,7 % im Jahr 2014. Damit würde die Bedeutung des Bausektors in Ostdeutschland voraussichtlich weiter sinken, wie dies bereits kontinuierlich seit Mitte der 1990er Jahre zu beobachten ist.

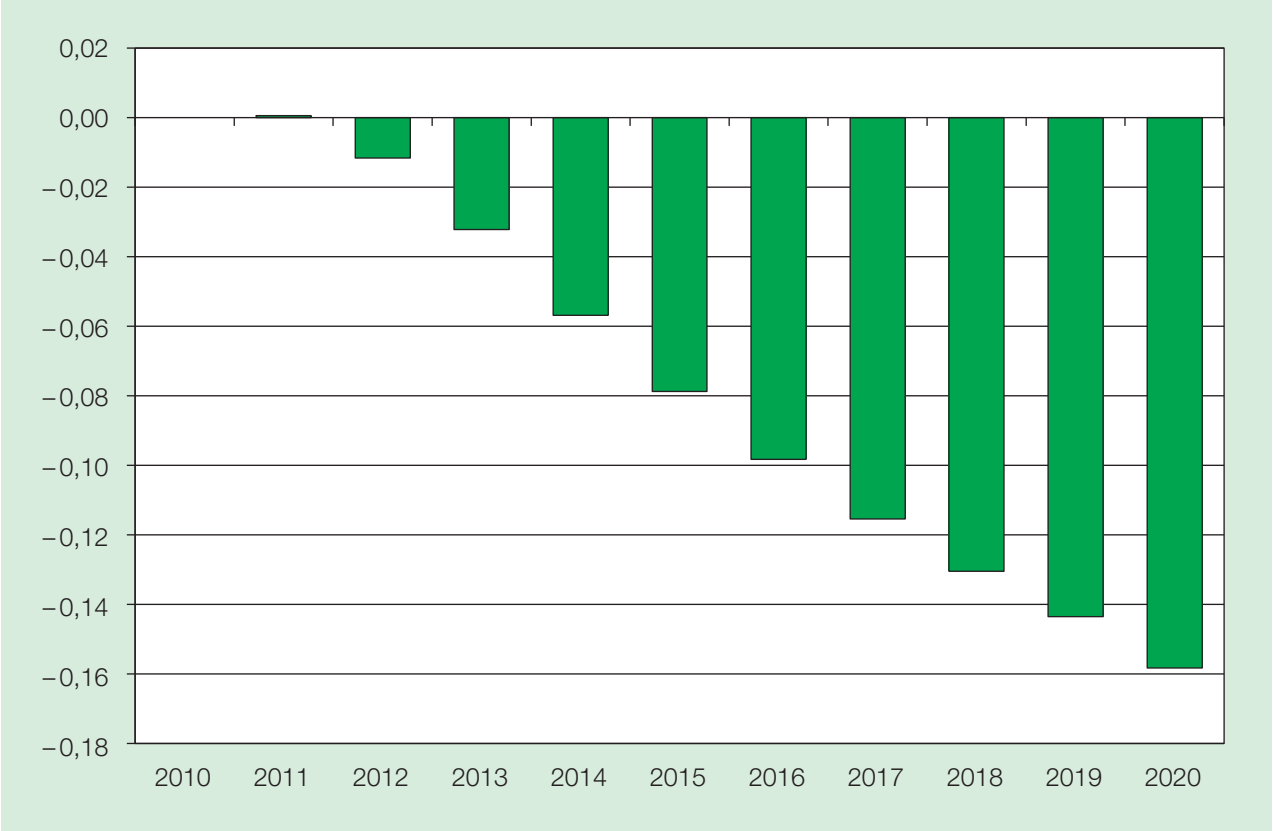
Die beiden wesentlichen Produktionssektoren des HERMIN-Modells – die Industrie und der Dienstleistungssektor – werden hingegen auf komplexe Weise vom Rückgang der Transferzahlungen und damit einhergehenden Nachfragereduktionen beeinflusst. Dennoch sind diese beiden Sektoren sehr unterschiedlich von den Auswirkungen rückläufiger Transferleistungen betroffen. Insbesondere über das Handelsmuster bzw. die Orientierung der Firmen ergeben sich unterschiedliche Effekte. Während Dienstleistungen überwiegend regional gehandelt werden, sind die Produkte der hiesigen Industrieproduzenten stark dem internationalen Wettbewerb ausgesetzt. Dies gilt sowohl für die Exporte auf die Weltmärkte als auch für den nationalen Wettbewerb mit importierten Industriegütern. Da die stärksten Effekte einer Transferreduktion aus der reduzierten Nachfrage generiert werden, sind die Wirkungen auf die Produktion im Dienstleistungssektor (mit starker Konzentration auf die heimischen Märkte) deutlich negativer als für die Industrie. Verantwortlich für diesen stärkeren Rückgang sind vor allem die sich mit einer Transferreduktion verbundenen Einkommensverschlechterungen der privaten Haushalte.

Die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe verringert sich im Betrachtungszeitraum graduell und numerisch eher gering, u. a. weil hier eine Kompensation durch überregionalen Absatz erfolgt (vgl. Abb. 5).

Der maximale Rückgang der Produktion (–0,16 %) findet sich, aufgrund der nachlaufenden und langfristig wirkenden angebotsseitigen Effekte, im Jahr 2020. Eine Aussage über diverse Wirtschaftszweige kann mit der aktuellen Modellvariante aber nicht getroffen werden. Es erscheint jedoch plausibel, dass verschiedene Sektoren auch in unterschiedlich starkem Maße von den veränderten Transferzahlungen betroffen sind.

Dem gegenüber sinkt die Produktion im Dienstleistungssektor rasch und kräftig. Bereits 2014 beträgt der Rückgang mehr als 2,5 % gegenüber der Basislösung (vgl. Abb. 6).

Abbildung 5: Auswirkungen veränderter Transferleistungen auf die Produktion im ostdeutschen Industriesektor 2010 bis 2020 als prozentuale Abweichungen zum Basisszenario



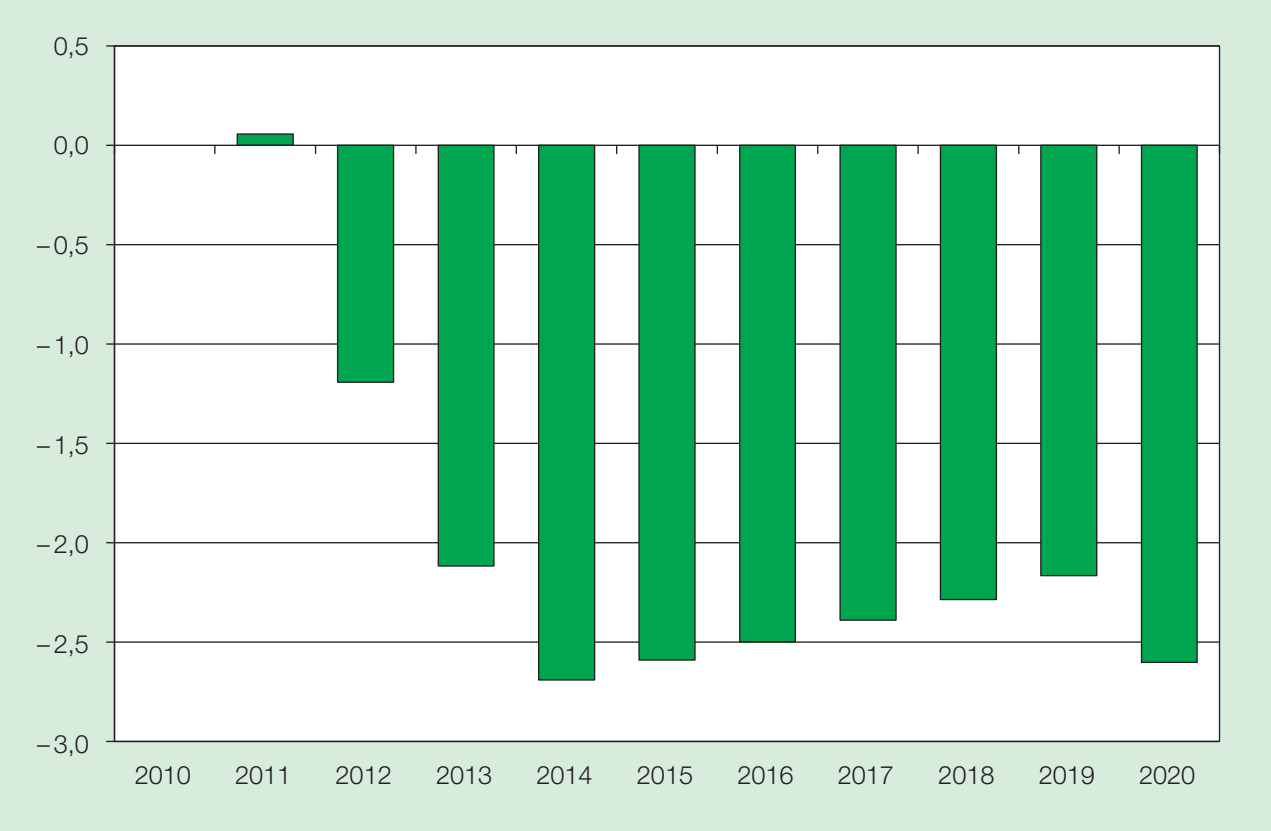
Quelle: Berechnungen und Darstellung des ifo Instituts und der GEFRA.

Zusammenfassung und Fazit

Unter Berücksichtigung aller Finanzierungsströme führt der zu erwartende Rückgang der Transferzahlungen um bis zu 3 % jährlich zu einer signifikanten Reduktion der ökonomischen Aktivitäten um jährlich etwa 2 % des ostdeutschen BIP und eine ähnlich große Abnahme der Erwerbstätigkeit in Ostdeutschland. Dass der Rückgang der wirtschaftlichen Leistung weniger stark ausfällt als die Transferkürzung, mag zunächst überraschen, erklärt sich aber durch die hohe Importabhängigkeit der ostdeutschen Wirtschaft. Die Verringerung der Nachfrage schlägt sich deswegen zu einem nicht unbeträchtlichen Teil in rückläufigen Einfuhren aus Westdeutschland bzw. dem „Ausland" nieder und lässt insoweit die wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland selbst unberührt. Allerdings werden die dämpfenden Einflüsse dadurch abgemildert, dass analog einem System kommunizierender Röhren insbesondere die Sozialausgaben und die Finanzausgleichsausgaben steigen, wenn die gesamtwirtschaftliche Dynamik abnimmt. Auch die negativen angebotsseitigen Wirkungen sind gering, weil die sogenannten wachstumsrelevanten Ausgaben nur einen kleinen Teil der Gesamttransfers ausmachen und in gegenseitiger Wechselbeziehung mit anderen Transferkategorien stehen.

Ausgehend von den Simulationsergebnissen kann abschließend die Bedeutung der Transferzahlungen bei der Beurteilung der Förderwürdigkeit der ostdeutschen Bundesländer im Rahmen der EU-Strukturfondsförderung betrachtet werden. Hier ist auf den Effekt des Transferrückgangs auf das BIP je Einwohner in Kaufkraftstandards abzustellen. Bleibt die Bevölkerung gegenüber dem Basisszenario konstant (die Verringerung der Transfers induziert annahmegemäß keine zusätzliche Migration), führt der errechnete Niveauunterschied im BIP von minus 2 % zu einer Veränderung des Einkommens je Einwohner von ebenfalls minus 2 %.[4] Von Eurostat veröffentlichte Zahlen zum BIP je Einwohner in Kaufkraftstandards für das Jahr 2008 weisen für die ostdeutschen Flächenländer bezogen auf die EU-27=100 Indexwerte zwischen 81 für Mecklenburg-Vorpommern und 86 für Sachsen aus [vgl. Eurostat-Pressestelle (2011)]. Unter Berücksichtigung der Transferrückgänge würde es zu einem Rückgang in den Indexwerten um etwa 2 Indexpunkte kommen. Die

Abbildung 6: Auswirkungen veränderter Transferleistungen auf die ostdeutsche Dienstleistungsproduktion 2010 bis 2020 als prozentuale Abweichungen zum Basisszenario



Quelle: Berechnungen und Darstellung des ifo Instituts und der GEFRA.

Indizes für die ostdeutschen Bundesländer lägen dann zwischen 79 für Mecklenburg-Vorpommern und 84 für Sachsen und damit auch weiterhin über demjenigen Grenzwert, der Regionen als „Konvergenz"-Fördergebiete der Europäischen Union identifiziert. Somit würden die ostdeutschen Bundesländer auch bei einer Berücksichtigung der ökonomischen Wirkung der reduzierten Transferleistungen aus der bisherigen Höchstförderung herausfallen. Im Ergebnis ist die Gefahr, dass es durch die Absenkung der Transfers zu einem so starken Rückschlag kommen könnte, dass die voraussichtlichen Förderentscheidungen der EU sich als falsch herausstellen, somit als gering einzuschätzen.

Literatur

Blum, U.; Ragnitz, J.; Freye, S.; Scharfe, S. und L. Schneider (2009): Regionalisierung öffentlicher Ausgaben und Einnahmen – Eine Untersuchung am Beispiel der neuen Länder. IWH Sonderheft 4/2009, Halle.

Bradley, J.; Morgenroth, E. und G. Untiedt (2001): Analysis of the Macroeconomic Impact of the CSF on the Economy of East Germany. ifo Dresden Studien Nr. 30, München/Dresden.

Bradley, J. und G. Untiedt (2008): The COHESION System of HERMIN country and regional models: Description and operating manual – Version 3, Münster.

Deutscher Bundestag (Hrsg.) (2010): Finanzplan des Bundes 2010 bis 2014. Drucksache des Deutschen Bundestages Nr. 17/2501, Berlin.

Eurostat-Pressestelle (Hrsg.) (2011): Regionales BIP je Einwohner im Jahr 2008. Eurostat-Pressemitteilung Nr. 28/2011, 24. Februar 2011.

Kloss, M.; Lehmann, R.; Ragnitz, J. und G. Untiedt (2012): Auswirkungen veränderter Transferzahlungen auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der ostdeutschen Länder. ifo Dresden Studien Nr. 63, im Erscheinen.

1 *Mit Pol-BEZ sind die Sonderbedarfsergänzungszuweisungen gemeint, welche den Ländern mit überdurchschnittlich hohen Kosten für die politische Führung gewährt werden.*

2 *Es erscheint plausibel anzunehmen, dass Ausgaben für die Infrastruktur von der Größenordnung her andere Wirkungen auf die gesamtwirtschaftliche Leistungsfähigkeit einer Region ausüben als Subventionen für Investitionen im Unternehmenssektor.*

3 *Eine ausführliche Darstellung des HERMIN-Modells für die ostdeutschen Bundesländer findet sich in Bradley und Untiedt (2008). Detaillierte Ausführungen hinsichtlich der Wirkungskanäle sowie theoretische Grundlagen der Förderung finden sich in Bradley et al. (2001).*

4 *Käme es zu einer verstärkten Abwanderung (wovon angesichts der geringen Stärke des dämpfenden Impulses nicht auszugehen ist), würde der Effekt sogar noch geringer ausfallen.*